

SVP will drei Sitze gewinnen

Nationalratswahlen 2015

Von Thomas Dähler

Bubendorf. Die SVP Baselland schickt den bisherigen Nationalrat Thomas de Courten (Rünenberg) und sechs neu Kandidierende in die Nationalratswahlen vom kommenden 18. Oktober. Parteipräsident Oskar Kämpfer erklärte am Nominationsparteitag gestern Abend auf dem Hof Grosstannen in Bubendorf, die SVP wolle bei den Wahlen einen Sitz zulegen und künftig drei Baselbieter Mitglieder in der grossen Kammer stellen. Heute sind es zwei. Christian Miesch tritt bei den Wahlen im Herbst nicht mehr an.

Nominiert wurden neben dem bisherigen Nationalrat neu Caroline Mall (Reinach), Patrick Schäfli (Liestal), Sandra Sollberger (Bubendorf), Dominik Straumann (Muttenz), Hanspeter Weibel (Bottmingen) und Jacqueline Wunderer (Röschenz). Als Überzähliger musste Matthias Liechti (Rümlingen) seine Ambitionen auf einen Sitz in Bern begraben. Die neu Nominierten sind heute alle gewählte Mitglieder des Landrats.

Eine Listenverbindung mit der FDP hat die SVP bereits beschlossen. Bei der Ständeratswahl unterstützt die SVP die Kandidatur des Freisinnigen Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland. Buser tritt mit der Unterstützung auch der CVP gegen den 67-jährigen amtierenden Ständerat Claude Janiak an.

Im Gestrüpp der Paragrafen

Allschwiler Einwohnerrat revidiert Geschäftsreglement

Von Regula Vogt-Kohler

Allschwil. Braucht es öfter frischen Wind in den einwohnerreichen Kommissionen und soll deshalb ein Kommissionspräsident sein Amt nur für eine beschränkte Dauer ausüben können? Unter welchen Umständen soll eine Einwohnerrätin in Ausstand treten müssen? Mit solchen Fragen schlug sich der Allschwiler Einwohnerrat am Mittwochabend unter dem Traktandum «Totalrevision des Geschäftsreglementes» herum. Die letzte Generalüberholung des Reglementes, das den Betrieb des Gemeindeparlamentes regelt, datiert aus dem Jahr 2000.

Als Ratspräsident Jürg Vogt (FDP) um 21 Uhr die Sitzung schloss, war man erst bei §22 angelangt. Lange zu reden gegeben hatte vor allem die vorgeschlagene Beschränkung der Amtszeit auf zwei Amtsperioden für die Präsidien der ständigen Kommissionen. Gegen eine Begrenzung der Amtsdauer wandte sich die SVP. Auch ohne Amtszeitbeschränkung gebe es viele Wechsel, und Kontinuität in der Kommissionsarbeit sei gewünscht, machte Fraktionspräsident Florian Spiegel geltend. Zudem habe der Einwohnerrat die Möglichkeit, bei der konstituierenden Sitzung zu Beginn einer neuen vierjährigen Legislaturperiode Mitglieder und Präsidien nicht wieder zu wählen. CVP-Vertreter Stephan Wolf fügte bei, dass der Einwohnerrat durch verschiedene Regeln wie etwa den Parteienproporz bereits erheblich eingeschränkt sei.

Mit grossem Mehr beschloss der Einwohnerrat, auf eine generelle Amtszeitbeschränkung für die Präsidien der ständigen Kommissionen zu verzichten. Wie bisher soll aber in den beiden Kontrollorganen, Finanz- und Rechnungskommission (Fireko) und Geschäftsprüfungskommission (GPK), für alle Mitglieder nach maximal 12 Jahren Schluss sein. Dafür entschied sich der Einwohnerrat mit 22:11 Stimmen.

Während die Fireko und die GPK durch das kantonale Recht vorgeschrieben sind, sind die Gemeinden frei, ob und in welcher Form sie weitere Kommissionen einsetzen wollen. Der Gemeinderat hätte diesen Freiraum gerne für eine Neuordnung genutzt und wird einen konkreten Vorschlag einbringen. Das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen. Die Beratung des Geschäfts wird noch mindestens zwei Sitzungen in Anspruch nehmen.

Wiedemanns Partei wirbt Grüne ab

Den Grünen-Unabhängigen sind bereits über 30 Personen beigetreten

Von Alessandra Paone

Liestal. Bei den Baselbieter Grünen nimmt der Ärger rund um den ausgeschlossenen Jürg Wiedemann kein Ende. Nachdem der Birsfelder Politiker erst Grünen-Landrätin Regina Werthmüller für die neue Fraktion mit den Grünliberalen und dann noch Esther Maag, Aushängeschild der Grünen, für seine neue Partei Grüne-Unabhängige gewinnen konnte, fischt Wiedemann weiter munter im grünen Teich.

In den vergangenen Tagen erhielten mehrere Mitglieder der Grünen Post von den Grünen-Unabhängigen. In einer Mail, die der BaZ vorliegt, weist die neue Partei die Empfänger auf einen «lesenswerten» Artikel in der *Schweiz am Sonntag* hin. Darin übt die frühere Fraktionspräsidentin der Grünen, Madeleine Göschke, harsche Kritik an der Geschäftsleitung ihrer eigenen Partei. Zu viel Macht sei auf wenigen Schultern verteilt, sagt sie in dem Interview. So entscheide die Geschäftsleitung der

Grünen manches, ohne sich vorher mit der Fraktion richtig abzusprechen.

Dass es sich bei diesem Schreiben klar um eine Abwerbungskampagne handelt, ist offensichtlich. Denn am Ende heisst es mit Hinweis auf die Homepage der neuen Partei: «Werden Sie Sympathisant oder Mitglied bei den Grünen-Unabhängigen.»

Viele negative Reaktionen

Grünen-Präsidentin Florence Brenzikofer weiss von der Existenz dieser Mail. Viele Basismitglieder hätten sich bei ihr gemeldet und sich darüber beschwert. Andere wiederum hätten sich direkt an die Grünen-Unabhängigen gewandt, mit der Bitte, ihre Adresse aus der Kartei zu löschen. Für Brenzikofer ist klar, dass für diese Aktion die Adresskartei des Komitees Starke Schule Baselland verwendet wurde. «Wie lässt es sich sonst erklären, dass neben vielen Grünen auch viele Lehrpersonen angeschrieben worden sind?», sagt die Grünen-Präsidentin.

Dies bestätigt denn auch Saskia Olsson, Geschäftsleiterin der Starke Schule Baselland und Vorstandsmitglied der Grünen-Unabhängigen. Da das Komitee und die Grünen-Unabhängigen eng zusammenarbeiten, stehe ihnen im Büro auch dieselbe Infrastruktur zur Verfügung, sagt sie. Von einer bewussten Abwerbungskampagne will Olsson aber nicht reden. «Wir nutzen ganz einfach unsere Ressourcen. Schliesslich wollen wir auch wachsen», sagt sie. Ausserdem sei bekannt, dass es bei den Grünen viele unzufriedene Mitglieder gebe. Die Grünen-Unabhängigen könnten diesen eine Alternative bieten, erklärt Olsson.

Adresskartei der Starke Schule

Auch Wiedemann wehrt sich gegen den Vorwurf einer gezielten Abwerbungskampagne. Das Ziel der Rundmail sei unter anderem gewesen, die neue Homepage der Partei bekannt zu machen. Und mit dem Hinweis auf den Zeitungsartikel habe man zeigen wol-

len, wie breit die Grünen-Unabhängigen abgestützt seien. Das sei absolut legitim. Trotz allem kann Wiedemann den Ärger der Grünen nachvollziehen. «Sie sind in einer ungemütlichen Situation, es wechseln täglich Grüne zu den Grünen-Unabhängigen», sagt er. Laut Olsson verzeichnet die neue Partei bereits zwischen 30 und 50 Beitritte.

Ganz so drastisch sieht es Grünen-Präsidentin Brenzikofer aber nicht. «Es bekennen sich auch sehr viele Leute klar zu uns.» Allein diese Woche seien sechs Personen aus dem Oberbaselbiet den Grünen Baselland beigetreten. Das Ganze habe also auch eine positive Seite. «Wir bekommen auch sehr viel Zuspruch von der Basis.» Austritte habe es keine mehr gegeben seit Esther Maag, den beiden Allschwilern und den zwei Birsfeldern.

Seit Ende März sind die Grünen-Unabhängigen eine eigenständige kantonale Partei. Zuvor waren sie eine lose Gruppierung unter dem Dachverband des Komitees Starke Schule Baselland.

GPK wird im Fall Wischberg aktiv

Mit dem Ja zum Verfahrenspostulat verlangt der Landrat Lösungsvorschläge

Von Thomas Dähler

Liestal. Vielleicht kommt jetzt Bewegung in den jahrelangen Streit um die Umsetzung eines Gerichtsurteils zur Deponie Wischberg in Hemmiken und zu den durch die Deponie verursachten Schäden am Bauernbetrieb von Alfred Suter. Der Landrat hat gestern in Liestal ein Verfahrenspostulat von Hannes Schweizer (SP) überwiesen und die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beauftragt, die Bemühungen um eine Lösung des Konflikts zu untersuchen. Im Zentrum der Kritik steht der von der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) ins Leben gerufene Runde Tisch, der seit Jahren nach einer Lösung sucht und dies auch noch auf unbestimmte Zeit weiter tun will.

Ganze fünf Jahre nach einem ersten erfolglosen Versuch, das Thema in den Landrat zu tragen, hat Schweizer zum zweiten Mal einen Vorstoss zum Fall Wischberg lanciert. Durchgedrungen ist Schweizer diesmal deutlich mit 72 zu 3 Stimmen, allerdings erst, nachdem er zwei der drei Forderungen seines Vorstosses fallen liess. Offen bleibt nach der Überweisung des Vorstosses dennoch, wie weit die GPK sich mit dem Fall

beschäftigen kann. GPK-Präsident Hanspeter Weibel machte gestern klar, dass sich das Parlament nicht in laufende Verfahren der Justiz einmischen dürfe. Immerhin sind noch mehrere juristische Verfahren hängig, die nur für die Jahre, während denen der Runde Tisch berät, sistiert sind. Beleuchtet kann die GPK jetzt aber, ob der Runde Tisch seriös nach einer Lösung sucht.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Gescheitert ist diese Suche bisher vor allem am Umstand, dass die öffentliche Hand nach wie vor nicht bereit ist, für alle entstandenen Schäden aufzukommen. Welche allerdings die genauen Vorstellungen eines Kompromisses sind, den die BUD anstrebt, ist nicht bekannt, denn die Beteiligten haben sich ein Schweigegebot auferlegt. Bekannt ist bloss, dass ein Gutachten zu den durch die Deponie verursachten veränderten Wasserläufen strittig ist – und dass sich Kanton und Gemeinde zusätzlich weigern, Bauer Suter eine Garantie für allfällige Folge-

schäden zu geben, die durch nachträgliche Sondierungsbohrungen verursacht würden. Suter will nach dem für ihn günstigen Urteil des Kantonsgerichts für keinerlei Schäden, die der labile Hang an seinem Hof verursacht, aufkommen. Er lehnt jede Verantwortung für die Misere ab. Die Gemeinde hat die Deponie betrieben, der Kanton die Aufsicht darüber ausgeübt.

Runder Tisch nicht gescheitert

Im Landrat ortete Schweizer gestern «ein Imageproblem für die Rechtsstaatlichkeit in diesem Kanton». Unterstützt wurde er vor allem von seiner Fraktion. Martin Rüegg (SP) wehrte sich dagegen, weiterhin untätig zu bleiben. Pia Fankhauser (SP) drohte gar mit einem Reglement für Runde Tische. Grundsätzlich gegen Schweizer stellte sich trotz den Bedenken bezüglich der Gewaltentrennung niemand. Regierungsrätin Sabine Pegoraro wehrte sich gegen den Vorwurf, der Runde Tisch werde weitergeführt, obwohl er längst gescheitert sei. «Er ist nicht gescheitert», sagte die Baudirektorin. Sie sei auch bereit, der GPK jederzeit einen Einblick in die Tätigkeit des Runden Tisches zu geben.

Landräte wollen Staatswein entkorken



Na dann prost! An offiziellen Anlässen des Kantons soll in Zukunft der Baselbieter Staatswein kredenzt werden. Der Landrat hat mit 59 zu 9 Stimmen das entsprechende Postulat von Sabrina Corvini-Mohn (CVP) überwiesen. Wenn ein Staatswein, dann aber auch ein Staatstraubensaft, forderte in der Debatte Abstinenzlerin Hanni Huggel (SP). Sabrina Corvini versprach, sich des Anliegens anzunehmen. Für den winzerfreundlichen Entscheid belohnten mehrere Weinbauern die Politiker nach der Sitzung mit einer Degustation ausgesuchter Baselbieter Tropfen. ch Foto Lucian Hunziker

Nachrichten

Protestnote: Baselbiet will in den Hochschulrat

Liestal. Wie bereits am Vortag der Basler Grosse Rat hat gestern auch der Baselbieter Landrat eine Resolution zur Sitzverteilung im Schweizerischen Hochschulrat verabschiedet. Der Landrat hält die Nichtberücksichtigung des Kantons Baselland in Anbetracht seiner Leistungen für unverständlich. Er verlangt, dass bei der nächstmöglichen Gelegenheit eine Korrektur vorgenommen werde. Ausserdem soll der Baselbieter Bildungsdirektor ab sofort mit Gaststatus zu den Sitzungen des Hochschulrats zugelassen werden. td

Noch keine Dienststelle Hochschulen

Liestal. Mit Stichentscheid seiner Präsidentin hat es der Landrat gestern abgelehnt, in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eine Dienststelle Hochschulen, Forschung, Innovation zu schaffen. Die Vorlage wurde, wie von der FDP beantragt, an die Regierung zurückgewiesen. Eine knappe Mehrheit stellte sich hinter die Absicht, eine Veränderung der bestehenden Strukturen erst vorzunehmen, wenn die neue Bildungsdirektorin Monica Gschwind im Amt ist und ihre eigenen Vorstellungen einer neuen Struktur umsetzen kann. Gschwind tritt ihr Amt im Juli an. td

SVP will keine Amtszeitbeschränkung

Liestal. Die SVP-Fraktion will die Amtszeitbeschränkung für Baselbieter Parlamentarierinnen und Parlamentarier abschaffen. Susanne Strub verlangt in der Motion, dass die heutige Begrenzung ersatzlos aus der Verfassung gestrichen wird. Das Volk sei mündig genug, bei Wahlen selber zu entscheiden, argumentiert die Fraktion. Erfahrung, Wissen und konstante Zusammensetzung seien eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit im Rat und in den Kommissionen. Heute ist die Tätigkeit eines Landratsmitglieds auf vier Legislaturperioden beschränkt, wobei angebrochene Perioden mitgezählt werden. td

SP fordert Gelder für Jugend und Sport

Liestal. Die SP will den Leitern von Jugend- und Sportvereinen (J+S), die ihre Freizeit für Kinder und Jugendliche praktisch gratis zur Verfügung stellen, unter die Arme greifen. Die Regierung soll ab dem 1. August 2015 konkrete Projekte auf Antrag der Jugendorganisationen einmalig mit einem angemessenen Beitrag unterstützen. Grund für den Vorstoss der Sozialdemokraten ist, dass der Bund beschlossen hat, die J+S-Beiträge um 25 Prozent zu kürzen. Für die SP ist diese Massnahme schlicht «ein Skandal». td